



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Aus Berlin.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

die den Bosphorus zur Operationsbasis hat, in 3—8 Tagen auf jedem beliebigen Punkte einer Küstenlinie von 2000 englischen Meilen Länge mit weit überlegener Macht erscheinen, und so durch beständige Bedrohung der Südgrenze des Reiches die an der Donau verwendbaren russischen Streitkräfte schwächen.

Eines der Hauptleiden Irlands war von jeher ein tiefverschuldeter Grundbesitzerstand, dem es an dem nöthigen Capital zum rationellen Bewirthschaften seiner großen Güter fehlte, dem es aber der Zustand der Gesetzgebung unmöglich machte sich ihrer Besitzungen zu entäußern, denn die Veräußerung eines Grundstückes ist nach englischem Rechtsbrauch eine ebenso langwierige wie kostspielige Sache, da der legale Besitz stets vollständig bis 60 Jahre rückwärts nachgewiesen werden muß. Um diesem Uebelstand abzuhelpen, wurde 1849 in Dublin „der Gerichtshof zum Verkauf verschuldeter Grundstücke“ errichtet, der auf Antrag ein summarisches Verkaufsverfahren eintreten lassen, und einen vollständigen, alle andern Urkunden ersetzenden Bestiztitel aufstellen kann. Seine Wirksamkeit ist in den nun abgelautenen 4 Jahren höchst segensreich und ausgedehnt gewesen. Vom 21. Oct. 1849 bis zum 21. Oct. 1853 sind 5809 Grundstücke für 10½ Mill. Pfd. verkauft worden, 1600 Risten Besitzurkunden, zusammen über 100,000 Documente, sind überflüssig geworden, und, 974 Ganzleigerichtsproceffe, von denen 9 mehr als 50, 10 mehr als 40, 39 mehr als 30, 17 mehr als 20 Jahre schwebten, haben durch den summarischen Verkauf ein vorzeitiges Ende gefunden. Unter den 4424 Käufern sind übrigens nur 181 Engländer und Schotten, so daß die Befürchtung, der einheimische Grundbesitzer werde durch die reicheren Nachbarn ganz verdrängt werden, sich nicht bewährt hat. Das Einkommen des ehemaligen Besitzers ist allerdings manchmal auf das Zehntel des früheren nominellen Betrages gesunken, aber er hat den Hypothekengläubigern keine Zinsen mehr zu bezahlen, und erhält seine Zinsen regelmäßig von der Bank, während er früher die säumigen Pächter nicht mahnen durfte, wenn er sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, niedergeschossen zu werden, und die jetzigen Besitzer sind aus Mangel an Capital nicht mehr gezwungen, die Pächter bis auf das Blut zu drücken, um einen Nettoertrag zu erzielen. Es ist der Anfang eines bessern socialen Zustandes Irlands.

## Aus Berlin.

Die Eröffnungsrede der Kammern gehört zwar schon nicht mehr zu den politischen Neuigkeiten; trotzdem müssen wir darauf zurückkommen. Der Schluß derselben, welcher die orientalische Frage betrifft, hat im In- und Auslande ein gewisses Aufsehen erregt und ist fast durchgängig in einem der Politik Rußlands ungünstigen Sinne commentirt worden. Obschon wir dieser Anschauung nicht

entgegentreten, so scheint es uns doch, als ob man vorschnell Hoffnungen daran geknüpft hat, deren Erfüllung zum mindesten zweifelhaft ist. Sicher drücken die von Herrn v. Mauteuffel gesprochenen Worte die Abneigung aus, sich in dem russisch-türkischen Streite für eine bestimmte Partei zu erklären. Diese neutrale Haltung ist keineswegs den Wünschen des Cabinets von St. Petersburg und den Forderungen entsprechend, die der Zar bei seinem Besuch in Berlin an die preussische Regierung richtete. Sie erfüllt aber auch andererseits die Ansprüche nicht, die im Interesse des europäischen Friedens und im Interesse Preußens selbst an die Politik des letztern gestellt werden können. Und wenn die Dinge bis zu einem Neusterben kommen sollten, wo Neutralität nicht mehr möglich ist, glaubt man wirklich in dieser ganz unbestimmten Erklärung die Bürgschaft zu finden, Preußen werde sich nicht auf die Seite Rußlands stellen? Es ist wol kaum möglich, den Lehren einer nahen Vergangenheit gegenüber, sich solchen Illusionen zu überlassen.

Die Präsidentenwahl ist so ausgefallen, wie wir es vermutheten. Graf Schwerin hat seine geringe Mehrheit den Stimmen einiger Conservativen zu danken, welche die Kreuzzeitung fortan mit Gänsefüßchen schreiben wird. Dieselben Stimmen machten Herrn von Bethmann-Hollweg zum zweiten Vicepräsidenten, während ihr Ausfall Herrn Reichensperger bei der Wahl des ersten Vicepräsidenten gegen Herrn von Engelmann scheitern ließ. Auch die Wahlen der Vorstehenden und Secretäre der Abtheilungen, sowie die der verschiedenen Commissionen beweisen, daß die drei Fractionen der Opposition (die Constitutionellen, Bethmann-Hollwegianer und Katholischen) den Fractionen der Rechten an Zahl nachstehen. Noch fehlen fast 80 Mitglieder der zweiten Kammer. Es wäre möglich, daß bei größerer Vollzähligkeit das Verhältniß sich änderte. Die erste Kammer ringt noch immer vergebens nach Beschlußfähigkeit, die indeß in diesen Tagen eintreten dürfte.

Heute fand in der zweiten Kammer die erste scharfe Debatte statt. Den Anlaß dazu gab die Prüfung der Wahl des Majors von Lüderig, Abgeordneten des Gumbinner Kreises. Im vorigen Jahre an Stelle Simons, der bekanntlich ablehnte, gewählt, mußte Herr von Lüderig wegen seiner Beförderung zum Major sich einer Neuwahl unterwerfen. Hierbei geschah es, daß der Major von Plehwe, Commandeur des dortigen Landwehrbataillons, an die Wehrmänner, die zugleich Wahlmänner waren, Schreiben erließ, in denen dieselben bei ihrem Fahneneid und mit Hinweisung auf die Kriegsartikel aufgefordert wurden, dem Major von Lüderig ihre Stimme zu geben. Herr von Sauken-Julienfelde brachte ein derartiges Schreiben zur Kenntniß der Kammer, und von der Linken wurde die Beanstandung der Wahl resp. die Zurückweisung derselben an die betreffende Abtheilung zu neuer Beschlußfassung beantragt. Der Verlauf der ziemlich scharfen Discussion führte die meisten Häupter der Parteien, die Herren von Vincke, Wenzel, Gerlach, Stolberg, Bethmann-Hollweg, beide Reichensperger

auf die Rednerbühne, und auch einige dii minorum gentium. Unter letzteren heben wir Herrn von Zedlitz-Neukirch hervor, ein enfant perdu der rechten Seite, der mit wahrhaft treuherziger Naivetät die Unmöglichkeit der Verfassung und deshalb die Verpflichtung und Berechtigung Jedermanns, mit allen möglichen Mitteln auf das Zustandekommen „guter“ Wahlen zu wirken, proclamierte. Er wurde von den Herren von Vincke und Reichensperger eben nicht glimpflich abgeführt. Letzterer erklärte, ihm nur mit dem Strafgesetzbuch in der Hand antworten zu können. Erbaulich ist es aber zu wissen, daß Herr von Zedlitz mit seinen Ansichten über die Verfassung und die Anwendung aller möglichen Mittel bei den Wahlen Landrath ist. Bei der Verlesung des Briefes durch Herrn von Sauken riefen Stimmen auf der rechten Seite „sehr gut“. Als aber dieser Abgeordnete hinzufügte, wie man Landwehroffiziere, weil sie für constitutionelle Candidaten gestimmt, in ehrengerichtliche Untersuchung gezogen, wie man sogar gegen seinen Schwiegersohn, weil er ihm, seinem Schwiegervater, seine Stimme gegeben, so verfahren, verstimmten selbst jene Herren, deren Köpfe weniger bewunderungswürdig sind, als ihre Stirnen. Schließlich wurde Lüderig Wahl mit 143 gegen 128 Stimmen für gültig erklärt. Herr von Bethmann-Hollweg, der sich sehr bestimmt gegen die stattgehabten Wahlunttriebe aussprach, stimmte für die Bestätigung der Wahl, weil die Zahl der dadurch möglicherweise influenzirten Wahlmänner zu gering sei, um bei der großen Mehrheit, die Herrn von Lüderig gewählt, in Betracht zu kommen. Selbst einige Abgeordnete der Rechten, wie z. B. der Graf von Zietzen, stimmten für die nochmalige Verweisung an die Abtheilung. — Sie werden gelesen haben, daß Camphausen abermals die Wahl in Köln zur zweiten Kammer abgelehnt hat. Hoffentlich sind seine Gründe dafür gebieterisch, sonst müßte das Urtheil darüber strenge ausfallen.

### M u s P a r i s .

— Die Tagespresse der Länder, in welchen die Presse überhaupt einen Theil der öffentlichen Meinung ausdrückt, hat die Annäherung der beiden königlichen Linien von Frankreich vielfach besprochen und in der Majorität die Ansicht ausgedrückt, daß diese Vereinigung nicht als ein Ereigniß von großer politischer Wichtigkeit zu betrachten sei, und daß die größte Wirkung, welche durch dasselbe hervorgebracht wird, in dem Aerger liege, den dasselbe der Bonapartistischen Partei macht. Sicher hat man auch in Deutschland recht, wenn man diese Versöhnung als unfruchtbar, ja als schädlich für die politische Zukunft der Orleans beurtheilt. Wenn einzelne Prinzen dieser Familie es in ihrer gegenwärtigen Verbannung schwer ertrugen, gegenüber den legitimistischen Mächten Europas in